



Medieninformation

Nr. 2/2023 vom 24. Oktober 2023

Anhörung zum kommunalen Finanzausgleich 2024

Brychcy: Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen nachbessern

Der Haushalts- und Finanzausschuss des Thüringer Landtags hat heute den Gemeinde- und Städtebund Thüringen zum Gesetzentwurf für den kommunalen Finanzausgleich im Jahr 2024 angehört. Der Präsident des Verbandes, Michael Brychcy, kritisiert die Landesregierung: „Der Gesetzentwurf der Landesregierung zu den Finanzausgleichsmaßnahmen an die Kommunen greift viel zu kurz. Sie werden in sehr vielen Kommunen nicht ausreichen, um Rekordinflation und Rekordtarifabschlüsse im Jahr 2024 auszugleichen.“

Präsident Brychcy, der auch Bürgermeister der Stadt Waltherhausen ist, fordert deshalb den Landtag auf, deutlich nachzubessern. Dazu hat der Gemeinde- und Städtebund dem Landtag heute 17 Punkte genannt, die noch in diesem Jahr beschlossen werden sollten, um die Kommunalfinanzen zu stärken und die Handlungsfähigkeit des Landtags zu beweisen.

Gerade die kreisangehörigen Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften im ländlichen Raum stünden unter hohem finanziellen Druck. Weder reichten die freien Mittel der Schlüsselmasse aus, um die Kostensteigerungen aufzufangen. Noch wolle die Landesregierung den sogenannten Mehrbelastungsausgleich für die kreisangehörigen Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften erhöhen, der für die Erfüllung staatlicher Aufgaben im Auftrag des Landes gezahlt wird. Stattdessen streiche die Landesregierung sogar die Mittel für das sogenannte „Kleine-Gemeinden-Gesetz“ in Höhe von 45 Mio. Euro vollständig. „Zusammen mit den steigenden Belastungen aus der Kreisumlage reißt das große Löcher in die Haushalte“, so Brychcy.

Auch liege noch immer kein beschlussfähiger Vorschlag des Landes auf dem Tisch, wie die Kosten der kreisfreien Städte und Landkreise für Ukraine-Flüchtlinge im Jahr 2024 finanziert werden.

„Alle Kommunen in Thüringen leiden zudem seit Jahren unter einem erschreckenden Investitionsstau“, betonte Präsident Brychcy. Zum Abbau fehlten seit Jahren Mittel in Höhe von durchschnittlich rund 1 Mrd. Euro. Die Investitionspauschalen seien zuletzt im Jahr 2020 angepasst worden – noch vor Corona und vor den extremen Baupreissteigerungen von bis zu 27 Prozent. Von dem im Land angekündigten Investitionsfonds sei immer noch nichts zu sehen.

„Die Lebensfähigkeit vieler Gemeinden steht in Frage. Wenn das Land nicht verantworten will, dass gerade in diesen schwierigen Zeiten Sparhaushalte aufgestellt und Leistungen vor Ort eingeschränkt werden, muss der Landtag nachlegen“, so Brychcy abschließend.